

Wenig Interesse im Landtag für Sorgen in Münchehagen

Albrecht: „Auf jeden denkbaren Verdacht hin alles unternommen“

HANNOVER. Nur gut ein Viertel aller 171 niedersächsischen Landtagsabgeordneten zeigten gestern nachmittag im Parlament Interesse für das, was seit Monaten Tausende von Bürgern im Landkreis Niedersachsen schreckt – die möglicherweise illegale Lagerung von Dioxin auf der Sondermülldeponie Münchehagen.

In einer aktuellen Stunde erklärte Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, die Landesregierung habe „auf jeden denkbaren Verdacht hin alles unternommen, um eine schonungslose Offenlegung zu erreichen“. So auch bei den

Vorgängen in Münchehagen.

Zu den in der vergangenen Woche abgebrochenen Untersuchungen der Deponie erklärte der Regierungschef, von Grabungen an anderen Stellen als die von dem Hinweisgeber bezeichneten sei Abstand genommen worden, weil zum einen die Metallsuchgeräte keine Ausschläge registrierten, zum anderen weil nach Angaben der Sachverständigen eine mögliche Umlagerung der bezeichneten Fässer technisch praktisch ausgeschlossen gewesen wäre. Alles in allem, so Albrecht, lasse sich feststellen, daß die Hin-

weise auf eine Dioxin-Einlagerung in Münchehagen nicht den Tatsachen entsprachen.

Landwirtschaftsminister Glup hatte zuvor auf eine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Uwe Bartels erklärt, die Sonderabfallbeseitigung auf privatwirtschaftlicher Grundlage habe sich in Niedersachsen bisher bewährt. Glup versprach allerdings, die Kontrollen würden dort verbessert, „wo dies erforderlich und möglich“ sei.

Auch der CDU-Abgeordnete Kurt-Dieter Grill hatte in der Aussprache eingestanden, daß die Industrie mit dem Vorgang

in Münchehagen Vertrauen und Kredit in der Bevölkerung verspielt habe. Glup erklärte dafür, die Kontrolle von Sondermüll dort beginnen zu lassen, wo der Abfall entsteht. Zur Erweiterung der Sondermülldeponien Münchehagen (Kreis Nienburg) und Hoheneggelsen (Kreis Hildesheim) sagte Glup, mit den neuen Auflagen sei dies möglich.

Der SPD-Abgeordnete Reinhard Scheibe, zuständig für den Landkreis Nienburg, warf der Landesregierung eine unzulässige Beschwichtigung vor, als sie erklären ließ, die Spur des Dioxins führe nicht nach Niedersachsen. In Reh-

burg-Loccum seien die Zweifel in der Bevölkerung immer noch sehr groß, sagte Scheibe. Die Grünen-Abgeordnete Charlotte Gerbe meinte, eine Möglichkeit, wieder Vertrauen in der Bevölkerung zu schaffen sei es, den Erweiterungsanträgen für die Sondermülldeponien in Münchehagen und Hoheneggelsen nicht stattzugeben.

Bei Grabungen im Polder drei auf der Sondermülldeponie Münchehagen wurden gestern erste Fässer gefunden, deren Inhalt am Wochenende in der Universität Ulm untersucht werden soll.